

Tagesordnung I Punkt 15 der öffentlichen Sitzung am 29.09.2005

Vorlage Nr. 05-F-03-0105

***Wiesbaden gegen ausbeuterische Kinderarbeit
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.09.2005 -***

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Interesse der Kinder in zahlreichen Entwicklungsländern verzichtet die Stadt Wiesbaden auf den Kauf von Produkten, die mit Hilfe von ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt wurden.

Der Magistrat wird gebeten:

Bei der Ausschreibung von Produkten, bei denen die Gefahr besteht, dass sie mit Hilfe ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt wurden (Bälle, Sportartikel, Sportbekleidung, Spielwaren, Tepiche, Wohn- und Kleidungstextilien, Natursteine, Fliesen, Pflastersteine – z.B. aus China -, Lederprodukte, Billigprodukte aus Holz, Agrarprodukte wie Kakao, Orangensaft oder Tomaten, Fischereiprodukte oder Feuerwerkskörper) künftig folgenden Passus aufzunehmen:

“Berücksichtigung finden nur Produkte, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention 182 über die schlimmsten Formen der Kinderarbeit hergestellt sind, bzw. Produkte, deren Hersteller oder Verkäufer aktive zielführende Maßnahmen zum Ausstieg aus der ausbeuterischen Kinderarbeit eingeleitet haben. Bei Produkten, die in Asien, Afrika oder Lateinamerika hergestellt oder verarbeitet worden sind, ist dies durch die Zertifizierung einer unabhängigen Organisation oder eine entsprechende Selbstverpflichtung nachzuweisen.”

Die Beteiligungsgesellschaften und Eigenbetriebe werden aufgefordert ebenso zu verfahren.

Beschluss Nr. 0403

1. Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.09.2005 betr.

Wiesbaden gegen ausbeuterische Kinderarbeit

wird zur weiteren Beratung an die Ausschüsse für Soziales und Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung überwiesen.

2. Der Magistrat (Dezernat III) wird gebeten, zusagegemäß den Entwurf einer Erklärung rechtzeitig vor dem nächsten Sitzungszug vorzulegen.

1. Den Vorsitzenden der Ausschüsse
a) für Soziales und
b) Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung
mit der Bitte um weitere Veranlassung

2. Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, ..10.2005

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16-

Wiesbaden, .10.2005

Dezernat III zu Ziff. 2
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Diehl
Oberbürgermeister